



taz.die tageszeitung vom 17.06.2021, Seite 8 / Wirtschaft und Umwelt

Vergebliche Hoffnung auf schnelle Maßnahmen

Umweltverbände fordern noch vor der Wahl ein Klima-Sofortprogramm. Doch daraus wird nichts: Selbst auf unverbindliche Ankündigungen können sich Union und SPD nicht einigen

Von **Malte Kreutzfeldt**

Die Umweltverbände zumindest haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass in dieser Legislaturperiode noch neue Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden könnten. Am Mittwoch präsentierten BUND, Nabu und der Dachverband DNR ein "Klimaschutz-Sofortprogramm", das die Regierungskoalition in den verbleibenden 100 Tagen noch umsetzen soll: Ein deutlich schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien steht ebenso auf der Wunschliste wie ein Kohleausstieg schon 2030, ein schnell und stark steigender CO₂-Preis mit komplettem finanziellem Ausgleich, ein Verbot neuer Verbrennungsmotoren ab 2030 und der Abbau sämtlicher klimaschädlicher Subventionen.

Es reiche nicht aus, jetzt mit dem Klimaschutzgesetz nur die verschärften Ziele zu verabschieden, sagte DNR-Präsident Kai Niebert. "Ziele machen noch keinen Klimaschutz", sie müssten mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden. "Damit noch ein Dreivierteljahr zu warten, ist unverantwortlich."

Dass das in den verbleibenden drei regulären Sitzungstagen des Bundestags kommende Woche und einer möglichen Sondersitzung im September tatsächlich passiert, dürften die Verbände aber nicht ernsthaft erwarten. Umfangreiche Gesetzesänderungen über die neuen Klimaziele hinaus galten innerhalb der Groko aus Zeitgründen schon länger als unrealistisch. Doch ein Zeichen, wie die Umsetzung laufen könnte, wollten Union und SPD noch setzen.

In einem Papier, das ebenfalls als "Klima-Sofortprogramm" betitelt war, waren Vorschläge zusammengestellt worden, die zumindest schon mal politisch geeint werden sollten, sodass eine neue Regierung sie kurzfristig umsetzen könnte - unter anderem schärfere Effizienzstandards und eine **Solarpflicht** für Neubauten. Um den Umstieg auf umweltfreundliche Heizungen zu beschleunigen, sollten Vermieter zudem die Hälfte des CO₂-Preises für Heizenergie bezahlen; hier war sogar noch eine gesetzliche Regelung geplant.

Doch nicht nur dieser Plan ist an der Unionsfraktion gescheitert; auch die meisten anderen Maßnahmen des "Sofortprogramms" werden nicht mal als unverbindliche Ankündigungen beschlossen werden, verlautet aus Regierungskreisen. Lediglich neue Förderprogramme im Umfang von etwa 8 Milliarden Euro bleiben wohl erhalten - wobei auch sie faktisch erst mit dem nächsten Haushalt beschlossen werden. Und beim Ökostromausbau werden zumindest die schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts angekündigten höheren Ausschreibungsmengen für 2022 noch umgesetzt.

Wie die verschärften Klimaziele, die der Bundestag in der nächsten Woche beschließen will, in der Praxis umgesetzt werden, wird also frühestens in den Koalitionsverhandlungen entschieden. Druck aufgebaut werden soll aber schon im Vorfeld: Am Freitag will die Klimaschutzbewegung Fridays for Future seit Langem wieder in 25 Städten streiken und auf die Straße gehen. Auch in den nächsten Wochen sind Aktionen geplant.



*Bleibt auf der Wunschliste zur Wiedervorlage: verstärkter Ausbau der Erneuerbaren Rupert Oberhäuser/imago
Malte Kreutzfeldt*


Quelle: taz, die tageszeitung vom 17.06.2021, Seite 8

Dokumentnummer: T20211706.5776923

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_3105d652d52604c4807d4fe24b3b0e8ac0608463

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH